

**TOP 1: Tagesordnungen der Sondersitzungen des Bundesrates
am 25. und 27. März 2020**

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird im Anschluss an die Plenarsitzung auf der Transparenzplattform veröffentlicht, siehe nachfolgende Seiten im pdf-Dokument.



Rheinland-Pfalz

Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 987. Sitzung des Bundesrates am Mittwoch, 25. März 2020¹:

Einzigiger Tagesordnungspunkt:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 (**Nachtragshaushaltsgesetz 2020**)

gemäß Artikel 110 Absatz 3 GG
Drucksache 146/20

Zustimmung zu keine Einwendungen.

Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 988. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 27. März 2020¹:

Zu den Tagesordnungspunkten:

1. a) Gesetz für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (**Sozialschutz-Paket**)

gemäß Artikel 104a Absatz 4 GG
Drucksache 148/20

Zustimmung zum Gesetz.

¹ siehe auch die Erläuterungen am Ende des Dokuments

1. b) Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 (**Nachtragshaushaltsgesetz 2020**)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 149/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

1. c) Gesetz zur Errichtung eines Wirtschaftsstabilisierungsfonds (**Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetz - WStFG**)

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 150/20

Zustimmung zum Gesetz.

1. d) Gesetz zum **Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage** von nationaler Tragweite

gemäß Artikel 80 Absatz 2 i.V.m.
Artikel 84 Absatz 2 GG
Drucksache 151/20

Zustimmung zum Gesetz.

1. e) Gesetz zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen (**COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz**)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 152/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

1. f) Gesetz zur **Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie** im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 153/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

2. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und des **Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes**

gemäß Artikel 104b Absatz 2 Satz 1 GG
Drucksache 120/20

Zustimmung zum Gesetz.

3. Gesetz zur Anpassung des Medizinprodukterechts an die Verordnung (EU) 2017/745 und die Verordnung (EU) 2017/746 (**Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz - MPEUAnpG**)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 121/20
Drucksache 121/1/20 (neu)

Zustimmung zum Gesetz gemäß Ziffer 1 der Drs. 121/1/20 (neu).
Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffer 2.

4. Zweites Gesetz zur Änderung des **THW-Gesetzes**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 123/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

5. Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten sowie zur Änderung des **Bundesberggesetzes**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 122/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

6. Entwurf eines Gesetzes zur **Ergänzung von Rechtsansprüchen im Staatsangehörigkeitsrecht**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Rheinland-Pfalz
Drucksache 108/20
Drucksache 108/1/20 (neu)

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes zum Zweck der Erleichterung der Identifizierbarkeit im Internet für eine effektivere Bekämpfung und **Verfolgung von Hasskriminalität**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Niedersachsen,
Mecklenburg-Vorpommern
Drucksache 70/20
Drucksache 70/1/20 (neu)

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

8. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Strafverfolgung hinsichtlich des **Handels mit inkriminierten Gütern unter Nutzung von Postdienstleistern**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Hessen
Drucksache 106/20
Drucksache 106/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

9. Entschließung des Bundesrates zur **Schaffung von Grundlagen zur Refinanzierbarkeit digitaler altersgerechter Assistenzsysteme im Rahmen des SGB XI**

Antrag der Länder Berlin, Brandenburg,
Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern,
Thüringen und Rheinland-Pfalz
Drucksache 105/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

10. Entschließung des Bundesrates für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für **Projekte der Sektorenkopplung im Rahmen einer Experimentierklausel**

Antrag der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg,
Niedersachsen, Rheinland-Pfalz
Drucksache 56/20
Drucksache 56/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

11. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die **Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 84/20
Drucksache 84/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

12. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Grundrente für langjährige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung mit unterdurchschnittlichem Einkommen und für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Alterseinkommen (**Grundrentengesetz**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 85/20
Drucksache 85/1/20

Stellungnahme gem. Drs. 85/1/20 ohne die Ziffern 1, 3, 9, 15 bis 18.

13. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung (**Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV-IPReG**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 86/20
Drucksache 86/1/20 (neu)

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

14. Entwurf eines Gesetzes zur **Bekämpfung des Rechtsextremismus** und der **Hasskriminalität**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 87/20
Drucksache 87/1/20 (neu)

Stellungnahme gem. Drs. 87/1/20 (neu) ohne die Ziffern 1, 4, 5, 11, 13, 17 bis 20.

15. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der **Abfallrahmenrichtlinie** der Europäischen Union

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 88/20
Drucksache 88/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

16. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des **Wasserhaushaltsgesetzes**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 131/20
Drucksache 131/1/20

Stellungnahme gem. Drs. 131/1/20 ohne die Ziffer 4.

17. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Verdienststatistikgesetzes**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 89/20
Drucksache 89/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

18. Entwurf eines Gesetzes zum Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität (**Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz - GEIG**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 111/20
Drucksache 111/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

19. Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 9. April 1965 zur Erleichterung des internationalen Seeverkehrs (**FAL-Übereinkommen**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 90/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

20. Zweite Verordnung zur Änderung der **Kontaminanten-Verordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 61/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

21. Verordnung zur Änderung der **Düngeverordnung** und anderer Vorschriften

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 98/20
Drucksache 98/1/20

Keine Zustimmung zur Verordnung gem. Ziffer 1 in Drs. 98/1/20;
keine Zustimmung zu den Plenaranträgen in Drs. 98/2/20 und 98/3/20;
keine Zustimmung in der Schlussabstimmung;
Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Buchstabe B der Drs. 98/1/20 ohne die Ziffern 4, 7, 10 bis 12, 15 und 19.

22. Zweite Verordnung zur Änderung abfallrechtlicher Bestimmungen zur **Altöleentsorgung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 91/20
Drucksache 91/1/20 (neu)

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

23. Verordnung zur Umsetzung der technischen Säule des vierten **Eisenbahnpakets** der Europäischen Union

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 99/20
Drucksache 99/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

24. a) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (**Bereiche: Bildung und Kultur**)

gemäß § 4 Absatz 1 und
§ 6 Absatz 1 und 2 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt III der Anlage zu
§ 9 EUZBLG und Abschnitt I
der Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 490/19
Drucksache 490/2/19 (neu)

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

24. b) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die **Ratsarbeitsgruppe "Vereinigtes Königreich"** (Working party on the UK (WPUK))

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt I der Bund-Länder-
Vereinbarung
Drucksache 63/20
Drucksache 63/1/20 (neu)

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

24. c) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die **Ratsarbeitsgruppe "Informationsaustausch im JI-Bereich"** (IXIM)

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt I der Bund-Länder-
Vereinbarung
Drucksache 113/20
Drucksache 113/1/20 (neu)

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

24. d) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für Ratsarbeitsgruppe "Telekommunikation und Informationsgesellschaft" und die Weisungssitzungen der Bundesregierung zum Ministerrat Verkehr, Telekommunikation und Energie; **Bereich: Telekommunikation**

gemäß § 4 Absatz 1 und
§ 6 Absatz 1 und 2 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt III der Anlage zu
§ 9 EUZBLG und Abschnitt I
der Bund-Länder-Vereinbarung

Drucksache 124/20
Drucksache 124/1/20 (neu)

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

25. **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht**

Drucksache 142/20 (neu)

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

26. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung - **Hemmung der Unterbrechungsfrist bei Hauptverhandlungen**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 155/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Erläuterungen:

Art und Umfang der Mitwirkungsrechte des Bundesrates

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 Grundgesetz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Art und Umfang der Mitwirkungsrechte richten sich nach der jeweiligen Vorlage. Die häufigsten Vorlagen sind:

a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Noch bevor sich der Deutsche Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, kann der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung nehmen oder keine Einwendungen beschließen. Eine Stellungnahme des Bundesrates wird dem Bundestag dann in der Regel gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zugeleitet.

b) Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages

Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat nach der Verabschiedung durch den Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen, dem Gesetz zustimmen oder nicht zustimmen.

Bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen oder das Gesetz passieren lassen. Nach einem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren kann der Bundesrat Einspruch gegen ein vom Bundestag beschlossenes nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz einlegen oder das Gesetz passieren lassen.

An der Eingangsformel eines Gesetzes lässt sich erkennen, ob es sich nach Auffassung des Urhebers um ein zustimmungsbedürftiges oder nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt. Sie lautet entweder "Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen" oder "Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen". Weitere Erläuterungen siehe <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/zust-einspr/zust-einspr.htm>.

c) Gesetzesinitiativen der Länder

Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, einen Gesetzentwurf mit oder ohne Maßgaben (=Änderungen gegenüber der Vorlage) beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Weitere Erläuterungen zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/verfahren/verfahren.html> abrufbar.

d) Entschließungsanträge der Länder

Als politische Ergänzung des Initiativrechts kann das parlamentarische Mittel der Entschließung eingesetzt werden. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, eine Entschließung mit oder ohne Maßgaben zu fassen. Entschließungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich.

e) EU-Vorlagen

Neben einem umfassenden Informationsanspruch hat der Bundesrat die Möglichkeit, der Bundesregierung gegenüber Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren. Der Bundesrat kann seine Stellungnahmen auch der EU-Kommission direkt übermitteln.

Erläuterungen zur Mitwirkung in Europäischen Angelegenheiten sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html> abrufbar.

f) Rechtsverordnungen

Der Bundesrat befasst sich mit Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder einzelner Bundesministern, sofern diese zustimmungsbedürftig sind. Einer solchen Verordnung kann der Bundesrat mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr die Zustimmung versagen.

Der Bundesrat hat zudem ein eigenes Antragsrecht für Rechtsverordnungen. Er kann der Bundesregierung auf Antrag eines oder mehrerer Länder Vorlagen für den Erlass von Verordnungen mit oder ohne Maßgaben zuleiten.

g) Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Ebenso wie Rechtsverordnungen sind auch zahlreiche Allgemeine Verwaltungsvorschriften von der Zustimmung des Bundesrates abhängig, wenn durch diese Vorschriften Kompetenzen der Länder berührt werden. Der Bundesrat kann einer solchen Verwaltungsvorschrift mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr nicht zustimmen.

h) Berichte der Bundesregierung

Der Bundesrat kann zu einem Bericht der Bundesregierung Stellung oder ihn zur Kenntnis nehmen.

i) Benennungen von Gremienvertretern des Bundesrates

Der Bundesrat hat aufgrund verschiedener Vorschriften die Möglichkeit, Gremienvertreter, z.B. in Bundesanstalten oder EU-Gremien, zu benennen.

j) Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Der Bundesrat kann sich zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußern oder seinen Beitritt erklären.

Ausschussempfehlungen und Plenaranträge, sofortige Sachentscheidung

In der Regel werden alle Vorlagen von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten. Diese geben dem Bundesrat Empfehlungen ab, die in der sog. Empfehlungsdruksache veröffentlicht werden. Die Empfehlungsdruksache hat in der Regel die Ziffer „1“ in der Drucksachenummerierung eingeschoben. Die Grunddruksache 123/14 beispielsweise hat die zugehörige Empfehlung in Drs. 123/1/14.

Der Bundesrat stimmt in der Regel über die einzelnen Ziffern einer Empfehlungsdruksache ab.

Der Bundesrat stimmt weiterhin über Plenaranträge eines oder mehrerer Länder ab. Diese werden ebenfalls in einer Drucksache veröffentlicht; in der Regel werden die Ziffern 2 fortfolgende in die Drucksachenummerierung eingeschoben, beispielsweise Drs. 123/2/14, 123/3/14.

Haben Ausschussberatungen nicht stattgefunden oder sind sie noch nicht abgeschlossen, kann ein Land die sofortige Entscheidung in der Sache beantragen. Der Bundesrat stimmt dann in der Regel zunächst über den Antrag auf sofortige Sachentscheidung ab.

Im Bundesrat wird in der Regel durch Handaufheben abgestimmt. Allgemein stellt der Bundesratspräsident nur die Ja-Stimmen und damit die Mehrheit oder Minderheit fest. Weitere Hinweise zur Stimmabgabe im Bundesrat finden sich unter <http://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/br-plenum/stimmabgabe/stimmabgabe-node.html>.

Die angegebenen **Drucksachen** des Bundesrates sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/dokumente-node.html> abrufbar.

Inhaltliche Erläuterungen zu allen Tagesordnungspunkten der 988. Plenarsitzung sind unter <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/988/download/988-erlaeuterungen.pdf> abrufbar.

Plenarprotokolle sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/plenarprotokolle/plenarprotokolle-node.html> abrufbar.